

Auer Tageblatt

Bestellungen erbeten die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. habil. Max Schlegel. Druck: Max Schlegel, Chemnitz. Postfach-Nr. 1000.

Telegramme: Cagelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000. Nr. 192. Mittwoch, den 19. August 1931. 26. Jahrgang.

Abchluss in Basel

Verlängerung der kurzfristigen 5-Milliarden-Kredite um 6 Monate

Basel, 17. August. Der von Albert J. Wiggan präsierte Ausschuss für die Prüfung der Kreditlage in Deutschland führte am Montag nachmittags und abends seine Arbeiten zu Ende. Er hat den von Sir Walter Layton erstatteten Bericht samt Resolutionen durchberaten und angenommen. Die Unterzeichnung des Berichtes, der in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache abgefasst wird, erfolgt am Dienstag nachmittag 2 1/2 Uhr. Nach der Unterzeichnung wird der Bericht, der wie früher bereits erwähnt, Empfehlungen zu Händen der Regierungen enthält, der Leitung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich übergeben, die ihn hierauf denjenigen Regierungen übermitteln wird, welche auf der Londoner Konferenz vom Juli vertreten waren. Der Bericht, der die verschiedenen Seiten der Kreditlage in Deutschland eingehend behandelt, empfiehlt die Verlängerung der kurzfristigen Kredite im Gesamtbetrag von ca. 5 Milliarden RM um 6 Monate unter der Voraussetzung, daß die Zentralbanken Frankreichs, Englands und Amerikas sowie die B.I.S., welche den 100 Millionen Dollar-Kredit der deutschen Reichsbank gewährte, diesen Kredit ebenfalls um 6 Monate verlängern. Die Frist für die 6 Monate beginnt mit dem Datum der Unterzeichnung, d. h. am 18. August 1931. Der Bericht wurde abgeschlossen, ohne daß im Schoße des internationalen Stillehaltenfortiums eine vollständige Einigung erzielt worden wäre. Umstritten ist nach wie vor die Frage der Verlängerung der ausländischen Marktguthaben in Deutschland. Ueber diese Frage besteht zurzeit ein Vermittlungsversuch in dem Sinne, daß die Marktguthaben bis Mitte November gesperrt bleiben sollten.

nehmen werden, jedoch noch die Möglichkeit besteht, daß im letzten Augenblick eine Verständigung über die Frage der Marktguthaben erzielt werden könnte. Die übrigen Punkte, welche Gegenstand der Verhandlungen im Schoße des Stillehaltenfortiums bildeten, wurden in einem Abkommen zusammengefasst, das dem Bericht Laytons beigegeben wird. Dieses Abkommen dient nunmehr den verschiedenen Bankgruppen, welche Deutschland kurzfristige Kredite gewährt haben, als Grundlage für direkte Agreements von Bankgruppe zu Bankgruppe.

Schärfste Sparmaßnahmen Deutschlands gefordert

Basel, 17. August. Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird von ihrem aus französischen Bank- und Delegationskreisen gut informierten „B.Z.“-Sonderberichterstatter zu dem von den Finanzfachverständigen ausgearbeiteten Bericht an die Regierung noch mitgeteilt, daß von Deutschland sofort sehr scharfe Sparmaßnahmen verlangt werden sollen, damit es durch neue Ersparnisse den Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden ins Gleichgewicht bringe. Die Reichsregierung werde nicht ausschließlich auf die Vorküsse rechnen dürfen, die ihr eine Erweiterung der Einnahmeerlöse der Reichsbank gewähren könne. Eine ausländische Finanzhilfe werde daher notwendig sein. Aber die ausländischen Finanzmärkte würden trotz der Sparmaßnahmen, die in Deutschland getroffen werden sollen, wenig geneigt sein, neue Kredite ohne weitgehende Garantien zu gewähren. Der Sonderberichterstatter fragt, ob Deutschland solche Garantien bieten könne.

Beratung mit Sachverständigen über die Bankprobleme

Berlin, 17. August. Wie wir erfahren, beschäftigt sich der Wirtschaftsausschuss der Reichsregierung, dem außer den beteiligten Ministerien auch Vertreter der Reichsbank und der preussischen Regierung angehören, weiter vorwiegend mit der Frage, wie die Verhältnisse im Bankgewerbe geregelt werden sollen. Dabei handelt es sich bekanntlich um die Schaffung einer Bankenaufsicht. Da alle hiermit zusammenhängenden Probleme außerordentlich kompliziert sind, hat der Ausschuss jetzt eine Reihe von Sachverständigen herangezogen, die ihn bei der Ausarbeitung der Vorlagen beraten soll. Es handelt sich dabei um folgende neun Persönlichkeiten: Geheimrat Schmitz von der I.G. Farben, den früheren Reichsfinanzminister Hilferding, den Bankier Wiedemenges-Rön, den Genossenschaftler Prof. Stein, den Münchener Nationalökonom Adolf Weber, den Staatssekretär a. D. Dornburg, den Direktor Friedrich Reihardt von der Commerz- und Privatbank, den Präsidenten der Pommerischen Landwirtschaftskammer, von Hienning, und den höchsten Industriellen Handelsberger. Bei der Zugiehung dieser Sachverständigen handelt es sich keineswegs, wie ein Berliner Mittagsblatt es darstellt, um einen „Neuenausschuss für das Bankgewerbe“, sondern nur um die sachverständige Vorbereitung der Regelung, die das Reichskabinett später beschließen wird.

Das englische Sparprogramm

London, 17. August. Der aus fünf Kabinettsmitgliedern bestehende Sparsausschuss des Kabinetts trat heute nachmittags nach dem Wocheneinde wieder zusammen. Man erwartet, daß der Ausschuss in der Lage sein wird, dem Kabinett am Mittwoch den Entwurf seines Sparprogramms zu unterbreiten. Das Parlament würde dann, wie „Evening Standard“ berichtet, bereits Ende August zu einer Sonder Sitzung einberufen werden, obwohl die Gesetzesvorlage bis dahin nicht vollständig fertiggestellt sein würde. Dem Blatt zufolge bringt sie folgende Maßnahmen: Herabsetzung der veranschlagten Beträge für die großen Staatsausgaben, einschließlich der Ausgaben für Flotte, Heer und Luftstreitkräfte, starke Beschränkung der Ausgaben für Erziehungswesen, Herabsetzung der Bezüge der Beamten, Herabsetzung der Honorare der Richter, Zurückhaltung der Straßenausbau, Vorschläge zur Herabsetzung der Gehälter von Ministern und Parlamentsmitgliedern, Ersparungen im Postwesen. Sobald Übereinstimmung über die wichtigsten Maßnahmen erreicht ist, will die Regierung eine entsprechende Rundgebung veröffentlichen. In parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei befürchtet man, wie die Blätter zu berichten wissen, daß die Regierung sich auf Sparmaßnahmen einlassen könnte, die der Parteipolitik entgegenstehen. In parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei befürchtet man, wie die Blätter zu berichten wissen, daß die Regierung sich auf Sparmaßnahmen einlassen könnte, die der Parteipolitik entgegenstehen. In parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei befürchtet man, wie die Blätter zu berichten wissen, daß die Regierung sich auf Sparmaßnahmen einlassen könnte, die der Parteipolitik entgegenstehen.

Beilegung der erschossenen Polizeioffiziere in Berlin

Berlin, 17. August. Die beiden Schupohauptleute Anlauf und Lent, die am 9. August am Bülow-Platz erschossen wurden, wurden heute nachmittags zur letzten Ruhe geleitet. An der Trauerfeier, die von der Schupo in der Turnhalle der Schupolizeiunterkunft in der Karlstraße veranstaltet wurde, nahmen u. a. Reichsinnenminister Dr. Wirth, der als Vertreter des Reichsanwalters und der Reichsregierung zwei Kränze an den Särge niederlegte, der preussische Innenminister Severing, Staatssekretär Dr. Wegg, der Berliner Polizeipräsident Engelstiel, Polizeidirektor Dr. Weiß, sowie zahlreiche andere hohe Reichs- und Staatsbeamte, Vertreter des Heeres und der Marine und zahlreiche Offiziere und heimische alle dienstfreien Mannschaften der Schupo teil. Der Reichsanwalt war ferner noch durch den Ministerialdirektor in der Reichsanwaltschaft, von Hagenow, vertreten. Der preussische Polizeibeamtenverband, die Berufsvereinigung der höheren Beamten, die großen Beamtenverbände, die Schupo in der Provinz, das Reichsheer hatten Abordnungen entsandt. Die Feier begann um 14 Uhr 30 mit dem Largo von Hindel. Nach Beginn der Trauerfeier widmete zunächst der evangelische Geistliche, Wehrtreispfarrer Jrmser, Hauptmann Lent einen Kränze. Die Trauerrede hielt dann der preussische Innenminister Severing, der betonte, daß nach Beendigung des Krieges noch bis in das letzte Jahr hinein Deutsche in Ost und West im Kampfe für deutsche Kultur gefallen seien. Wieviel es sind, könne man nicht zählen. Fremde Völker hätten im Kriege nicht grausamer haufen können, wie in diesem Falle bei dem Bruderermord, der von eigenen Volksgenossen gegen Volksgenossen geschehen sei. Der Minister fuhr fort: Die Frage von dem Umland'schen Mord: „Eine Kugel kam geflogen, gilt sie mir oder gilt sie Dir?“ ist hier überflüssig. Die Kugel galt ihnen beiden und uns allen, die gemittelt sind, dem Vaterland die Treue zu halten und das Wohl des Volkes über alles zu stellen. Wir leben in schweren Zeiten; die Not ist ein schlechter Berater und die Verzweiflung ein schlechter Bundesgenosse. Sie muß sich hier an das Bismarck'sche halten: „Denn, vergiß ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Jedoch die intellektuellen Urheber, die in Wort und Schrift erst den Boden schafften, auf dem dann Fanatiker aufbauten und berartige Taten vollbrachten, seien die Hauptschuldigen. Doch Leidenshaften hätten an der Barte der Loten zu schweigen. Kein Kochschwarz, sondern nur die Wahrheit an unsere Pflicht dürfe hier unser Inneres beherrschen. Das Blut der Gefallenen solle die preussische Polizei nicht zur Rache aufrufen, sondern sie müsse, wie sie es immer getan habe, die Bevölkerung als ihre Brüder in Not betrachten. Unter dumpfem Trommelwirbel setzte sich der Leichenzug dann in Bewegung.

Eine ritterliche Tat des Reichspräsidenten

Berlin, 17. August. „Petit Parisien“ berichtet, daß der französische Botschafter de Margerie dem Reichspräsidenten seinen offiziellen Abschiedsbesuch abgestattet hat. Dabei habe der Reichspräsident ihm einen französischen Degen überreicht, den er im Kriege 1870/71 erbeutet habe. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß Botschafter de Margerie noch nicht seinen offiziellen Abschiedsbesuch gemacht und sein Abschieds schreiben auch noch nicht überreicht hat. Die Darstellung über die Ueberreichung des französischen Säbels trifft in dieser Form nicht zu. Dem Reichspräsidenten wurde anlässlich seines 83. Geburtstages von privater Seite ein französischer Säbel zum Geschenk angeboten. Da festgestellt wurde, daß es sich nicht um einen Kampfsäbel, sondern um einen Ehrenbogen handelte, den 1870 ein inzwischen verstorbenen preussischer Leutnant einem französischen General abgenommen hatte, stellte sich der Reichspräsident auf den Standpunkt, daß dieser Säbel den Erben gehöre. Als dann der Ehrensäbel dem Reichspräsidenten nochmals angeboten wurde mit dem Anheimsstellen, ihn den französischen Erben zuzuleiten, hat der Reichspräsident ihn unter dieser Bedingung angenommen. Anlässlich eines Besuchs, den der französische Botschafter de Margerie im Oktober vorigen Jahres wegen der Wälder Grubenkatastrophe beim Reichspräsidenten unternahm, hat der Reichspräsident dem Botschafter den Degen übergeben mit der Bitte, ihn den französischen Erben zuzuleiten. Da jedoch die Erben nicht festzustellen waren, hat die französische Regierung dann den Ehrensäbel dem Waise des Invalides zugewiesen. Botschafter de Margerie hat dem Reichspräsidenten für seine ritterliche und kameradschaftliche Gesinnung seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Moskau und die RPD.

Eine Rede von Max Högl. Moskau, 17. August. In einer Versammlung in Rußland erklärte der deutsche Kommunist Max Högl, daß der kommende Winter den revolutionären Geist der RPD und der Arbeitermassen wecken müsse. Es sei jetzt der Moment gekommen, wo das Proletariat losbrechen wird, um endlich die Arbeiter- und Bauernmacht in Deutschland zu errichten. Max Högl betonte, daß das deutsche Proletariat in seinem Kampfe in die Fußstapfen der russischen Revolution treten werde.

Die Börse bleibt bis September geschlossen

Berlin, 17. August. Die endgültige Entscheidung über die Wiedereröffnung der deutschen Effektenbörsen fällt heute nachmittags im preussischen Handelsministerium. Die „B. Z.“ will berichten können, daß die Börsen in diesem Monat geschlossen bleiben. Eine Wiedereröffnung sei bei normalem Wirtschaftsverlauf in der ersten Septemberwoche zu erwarten.

Verhandlungen über die Neuregelung der Gemeindeförderungen

Berlin, 17. August. Im Reichsarbeitsministerium fanden heute unter Vorhitz des Reichsarbeitsministers Verhandlungen über die Neuregelung der Gemeindeförderungen statt. Im Laufe des späten Nachmittags wurde seitens des Reichsarbeitsministeriums ein Vorschlag gemacht, zu dem sich die Parteien bis Mittwochabend erklären werden.

Pensionskürzungs-gesetz im Entwurf fertig

Berlin, 17. August. Zu der Pressepolemik wegen der Kürzung der Pensionen der sogenannten Großpensionäre wird vom zuständigen Stelle mitgeteilt, daß dem Reichstag bereits seit längerer Zeit der Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes vorliegt. Das Gesetz sei allerdings vom Reichstag noch nicht verabschiedet worden.

Der „Wälheimer Generalanzeiger“ verboten

Wälheim a. d. Ruhr, 17. August. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat den in Wälheim erscheinenden „Wälheimer Generalanzeiger“ wegen Veröffentlichung eines Wahlinferates zum Volkswort auf die Dauer von acht Tagen verboten.

Start gesteigerte Ausfuhr

254 Millionen Mark Ausfuhrüberschub im Juli

Berlin, 17. August. Die deutsche Handelsbilanz für Juli schließt mit einem Ausfuhrüberschub von 254 (im Juni 106) Millionen RM ab und einschließlich der 85 (im

Juni 83) Millionen RM Reparationsauslieferungen mit einem Ausfuhrüberschub von 289 (139) Millionen RM. Im einzelnen ging die Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 69 Millionen RM auf 538 (607) Millionen RM zurück, während die Ausfuhr um insgesamt 80 Millionen RM auf 792 (713) Millionen RM stieg. Die Zunahme der Ausfuhr, die bisher als saisonmäßig zu erwarten war, ent-